



Nr. 41

13. Dezember 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Reform-Diskussion

[Silberbach: Rundfunkbeitrag darf kein Spielball im politischen Tagesgeschäft sein](#)

Europäische Gewerkschaftsarbeit

[Volker Geyer einstimmig zum CESI-Vizepräsidenten gewählt](#)

Halbjahresgespräch mit der Kultusministerkonferenz

[Gute Bildung nur mit ausreichend Personal möglich](#)

dbb jugend

[Demokratiefördergesetz wird gebraucht](#)

Austausch mit den Jusos

[dbb jugend fordert mehr Tempo für mehr Personal](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Udo Di Fabio erkennt Verfassungswidrigkeit der Beamtenbesoldung](#)

Schleswig-Holstein

[On-top-Leistungen: Instrumente sorgfältig prüfen und sachgerecht nutzen](#)

Bayern

[Arbeitszeitkonto bei Grundschullehrkräften ist wichtiges Instrument](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Hohe Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Krise bei DB Cargo: Abwicklung statt Sanierung?](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Liebel zum Auftaktgespräch bei Bundesfinanzminister Kukies](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Digitalpakt: DPhV trotz positiver Signale vorsichtig](#)

Deutschen Gerichtsvollzieher Bund (DGVB)

[Boek: Politik verhindert moderne, schnelle Justiz](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Reform-Diskussion

Silberbach: Rundfunkbeitrag darf kein Spielball im politischen Tagesgeschäft sein

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach kritisiert die Länder im Streit um den Rundfunkbeitrag. Reformbedarf sieht er dennoch.

„Die Ermittlung des Finanzbedarfs über die entsprechende Kommission ist geltendes Recht und vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Die zuletzt vorgeschlagene Beitragserhöhung ist begründet, angemessen und damit umzusetzen. Die Bedarfsermittlung für die Öffentlich-Rechtlichen sollte grundsätzlich kein Spielball im politischen Tagesgeschäft in den einzelnen Bundesländern sein“, sagte der dbb Chef am 11. Dezember 2024 am Vortag der Ministerpräsidentenkonferenz.

Gleichwohl sieht der dbb Bundesvorsitzende auch die Sendeanstalten in der Pflicht. Silberbach: „Die Anstalten müssen sparsam und aufgabengerecht mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen umgehen. Wir begrüßen etwa den Vorschlag, dass sich Gehaltshöhe und

-entwicklung bei Spitzenpositionen der Öffentlich-Rechtlichen am öffentlichen Dienst orientieren soll. Auch der Vorschlag der Ministerpräsidentenkonferenz, einen Ausgabendeckel für Sportrechte einzuziehen, ist sinnvoll.“

Regionalität und inhaltliche Vielfalt dürften durch die Reformbemühungen jedoch nicht gefährdet werden, so Silberbach weiter. Insbesondere Jugendprogramme und digitale Angebote müssten vielmehr gestärkt werden. „Bei allen strukturellen Veränderungen müssen außerdem natürlich die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt werden“, so Silberbach. „Der Streit um den Rundfunkbeitrag darf nicht auf ihrem Rücken ausgetragen werden.“

Europäische Gewerkschaftsarbeit

Volker Geyer einstimmig zum CESI-Vizepräsidenten gewählt

Künftig wird der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb auch auf europäischer Ebene die Interessen des öffentlichen Dienstes vertreten.

„Europa wird gebraucht und ist seit Jahrzehnten ein Garant für Frieden und Wohlstand“, sagte Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und nun auch CESI-Vizepräsident, am 12. Dezember 2024 in Brüssel. Die Delegierten wählten ihn einstimmig ins Amt.

Zuvor unterstrich Geyer in seiner Bewerbungsrede die Notwendigkeit, den öffentlichen Dienst in den EU-Mitgliedsstaaten zu stärken. „Der Abbau

öffentlicher Strukturen bringt unmittelbar einen Demokratieabbau mit sich. Das müssen wir um jeden Preis verhindern, denn der öffentliche Dienst ist ein Garant für Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Er wird gebraucht, um Europa zukunftsfähig zu halten.“

Die CESI fungiert als Plattform, um die gewerkschaftlichen Interessen in Europa zu bündeln. Geyer: „Stark sind wir nur, wenn wir uns den Aufgaben gemeinsam stellen. Und die CESI war, ist

und bleibt eine Notwendigkeit für unser gemeinsames Arbeiten. Ich bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen und freue mich darauf, gemeinsam mit allen europäischen Kolleginnen und Kollegen für unsere Interessen einzustehen.“

Hintergrund

CESI ist das Kürzel für Confédération Européenne des Syndicats Indépendants, übersetzt: Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften. Es handelt sich um einen überparteilichen, gewerkschaftlichen Dachverband mit Hauptsitz in Brüssel, der 1990 gegründet wurde.

Halbjahresgespräch mit der Kultusministerkonferenz **Gute Bildung nur mit ausreichend Personal möglich**

Gegenüber der Kultusministerkonferenz (KMK) bekräftigten die dbb Bildungsgewerkschaften ihre Haltung zu digital unterstützter Bildung.

„Die Möglichkeiten von Künstlicher Intelligenz (KI) zur Förderung der Lernenden und Entlastung der Lehrkräfte sind zweifelsohne zu nutzen. KI wird aber nicht der Heilsbringer sein, der alle Herausforderungen des Bildungsbereichs löst“, betonte Simone Fleischmann, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), gegenüber der KMK am 10. Dezember 2024 in Berlin. „Die grundlegende pädagogische Arbeit, der Sozialraum in den Bildungseinrichtungen und die Interaktion zwischen Lehrenden und Lernenden bleiben weiterhin unverzichtbar“. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit sei es besonders wichtig, allen Lernenden einen gleichberechtigten Zugang zu dieser Technologie zu ermöglichen. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass die ohnehin schon ungleich verteilten Bildungschancen durch den Einsatz von KI weiter verschärft werden“, so die dbb Vize.

Weiterhin begrüßte sie die Verhandlungsfortschritte beim DigitalPakt und unterstrich die Notwendigkeit einer

schnellen Einigung auf eine nachhaltige Lösung. Im Hinblick auf die Zunahme populistischer und extremistischer Strömungen sowie Desinformation betonte sie die Relevanz der Demokratiebildung an Schulen.

KI-Potenziale nutzen, Lehrkräfte weiterbilden

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPhV) und Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, gab zu bedenken, „dass es in der Verantwortung des Dienstherrn liegt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Potenziale von KI gewinnbringend zu nutzen.“ Dazu gehören insbesondere eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, der konsequente Schutz personenbezogener Daten, qualitativ hochwertige Anwendungen, verlässliche Prüfungsstandards sowie eine gezielte Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. „Dabei müssen den Lehrkräften das Recht auf Inanspruchnahme dieser Angebote und die dafür notwendigen

Freiräume eingeräumt werden. Deshalb braucht es gezielte Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel, um die dringend benötigte Entlastung zu schaffen und die konstruktive Nutzung dieser Angebote zu ermöglichen“, machte Lin-Klitzing deutlich. Die Bildungsgewerkschaften des dbb haben vor diesem Hintergrund das gemeinsame Positionspapier zum Einsatz Künstlicher Intelligenz im Bildungswesen verabschiedet.

Zudem übte die dbb Delegation Kritik am vermehrten Aufkommen nicht

dbb jugend

Demokratieförderungsgesetz wird gebraucht

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, betont Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend.

„Wir leben in einer Zeit, in der Parolen und Vorstellungen die öffentliche Debatte prägen, die in meinen Augen mit demokratischen Vorstellungen nichts mehr zu tun haben“, sagte Fandrejewski am 10. Dezember 2024 in Berlin. „Deshalb ist das Demokratieförderungsgesetz von enormer Bedeutung, weil es den Bund gesetzlich mit der Demokratieförderung, der Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und der Extremismusprävention beauftragt. Es ist die Antwort auf Hass, Rassismus und Hetze, die wir jetzt unbedingt brauchen!“

Wie wichtig das Gesetz aus Sicht der dbb jugend ist, hat Fandrejewski im Gespräch mit Ina Frieling, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Grünen-Abgeordneten Marcel Emmerich, deutlich gemacht. Ob es noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt wird, wie es eigentlich vorgesehen war, ist fraglich.

grundständiger Modelle der Lehrkräftebildung. Für die Fachlehrkräfte an berufsbildenden Schulen forderten sie einen bundesweit einheitlichen Rahmen, der neben der Ausbildung und Prüfung auch die einheitliche Besoldung umfassen muss. Der aktuelle Austausch fand mit Christine Streichert-Clivot, Präsidentin der Kultusministerkonferenz, und Simone Oldenburg, Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, statt.

Einen weiteren Fokus des Gesprächs bildete der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Fandrejewski: „Wenn der Staat Arbeitskräfte gewinnen will, muss er stärker als geschlossene Arbeitgebermarke auftreten. Zudem brauchen wir mehr Transparenz bei Bewerbungsverfahren, und vor allem mehr Tempo. Der öffentliche Dienst kann es sich nicht leisten, mehrere Wochen verstreichen zu lassen, bis eine Rückmeldung erfolgt!“

Zuletzt thematisierte Fandrejewski die Sicherheit am Arbeitsplatz. „Leider sind viele Beschäftigte mit Pöbeleien, Beleidigungen und schlimmstenfalls auch mit Gewalt konfrontiert. Wir brauchen verlässliche Meldesysteme für ein verlässliches Monitoring, da viele Vorfälle gar nicht erst gemeldet werden. Um gegenzusteuern, ist es ganz entscheidend, dass wir die hohe Dunkelziffer ausleuchten!“

Austausch mit den Jusos

dbb jugend fordert Tempo für mehr Personal

Abschlüsse anerkennen, Arbeitszeit flexibilisieren, Fachkräfte gewinnen: Strategien gegen Personalmangel sind bekannt, aber es hapert an der Umsetzung.

„Es ist mir vollkommen schleierhaft, warum wir angesichts der drastischen Personalnotlage im öffentlichen Dienst nicht alle verfügbaren Hebel umlegen, um junge Leute zu gewinnen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 10. Dezember in Berlin.

Im Gespräch mit Philipp Türmer, dem Vorsitzenden der Jusos, und Jusos-Geschäftsführerin Anna Kasparyan verdeutlichte der Gewerkschafter, dass die Politik endlich handeln muss. Drei Punkte spielen dabei eine zentrale Rolle: „Erstens müssen wir die Wochenarbeitszeit für Bundesbeamt*innen auf 39 Stunden zurückführen. Zweitens muss der Staat zeitgemäße Arbeitsmodelle anbieten, zum Beispiel Top-Sharing und Führen auf Distanz. Und drittens brauchen wir mehr Flexibilisierung bei der Arbeitszeit, das hat zuletzt eine Studie von dbb jugend und

Uni Potsdam eindrucksvoll untermauert.“

Fandrejewski verwies darauf, dass oft Dinge nicht funktionieren, die selbstverständlich sein sollten: „Man mag es kaum glauben, aber teils fehlt im öffentlichen Dienst noch die Ausstattung fürs Homeoffice“ – das sei vor allem in kommunalen Bereichen ein Problem. „Nicht zuletzt gehen uns potenzielle Nachwuchskräfte verloren, wenn wir bei der Anerkennung von Abschlüssen nicht mehr Flexibilität zeigen. Ideal wäre eine problemlose Anerkennung von Abschlüssen aller Hochschulen, auch europaweit!“

In den Jusos sieht der Vorsitzende der dbb jugend einen starken Partner: „Wir hoffen, dass sie auch innerhalb der SPD Gehör finden und unsere Anliegen für einen starken öffentlichen Dienst weitertragen!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Udo Di Fabio erkennt Verfassungswidrigkeit der Beamtenbesoldung

Schon während des Gesetzgebungsverfahrens zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge für das Land Nordrhein-Westfalen, das eigentlich zum Ziel hatte, das Ergebnis der Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder (TV-L) auf den Beamte und Pensionäre zu übertragen, hat der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes in der Fassung vom 29. Oktober 2024 geäußert.

Neben der Umsetzung des Tarifergebnisses erfolgte eine Besoldungsstrukturreform, insbesondere durch die Einbeziehung eines fiktiven Partnereinkommens bei der Berechnung des

Mindestabstands der Nettoalimentation zum grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarf.

Zur verfassungsrechtlichen Prüfung konnte der DBB NRW den anerkannten Staats- und Verfassungsrechtler, früheren Richter am Bundesverfassungsgericht, Inhaber der Professur für Öffentliches Recht und zugleich Direktor des Forschungskollegs normative Gesellschaftsgrundlagen an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio als externen Gutachter gewinnen.

Die Ergebnisse seiner gutachterlichen Prüfung in der Zusammenfassung gibt es ausführlich auf www.dbb-nrw.de.

Schleswig-Holstein

On-top-Leistungen: Instrumente sorgfältig prüfen und sachgerecht nutzen

Das Beamten- und Tarifrecht bietet verschiedene Spielräume, um die Arbeits- und Einkommensbedingungen ergänzend zu den festen Ansprüchen mit zusätzlicher Attraktivität zu versehen. Der dbb schleswig-holstein empfiehlt, in den Dienststellen die vorhandenen Instrumente sorgfältig zu prüfen und bedarfsgerecht zu nutzen.

„Das ist eine geradezu zwangsläufige Reaktion, soweit und solange die Politik und die arbeitgeberseitigen Tarifvertragsparteien notwendige Anpassungen im öffentlichen Dienstrecht verweigern“, so der dbb Landesvorsitzende Kai Tellkamp am 12. Dezember 2024.

Auch die Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Arbeitszeitgestaltung können zu einer besseren und individuellen Attraktivität beitragen.

Auch wenn die Zulässigkeit übergesetzlicher und übertariflicher Leistungen im öffentlichen Dienst begrenzt ist, bestünden verschiedene Möglichkeiten. Sie reichen von finanziellen Anreizen zur Gewinnung und Bindung von Personal über leistungsorientierte Bezahlungselemente bis hin zur Förderung der Mobilität und der Gesundheit.

Allerdings stellen sich die Rahmenbedingungen für „Goodies“ unterschiedlich dar, sowohl hinsichtlich der Statusgruppen (Beamtinnen/Beamte und Tarifbeschäftigte) als auch hinsichtlich der staatlichen Ebenen (Land und Kommunen). Der dbb schleswig-holstein hat deshalb auf www.dbb-sh.de eine entsprechende Übersicht zusammen- und bereitgestellt. Denn nur wenn die jeweiligen Optionen bekannt sind, können sie auch genutzt werden.

Bayern

Arbeitszeitkonto bei Grundschullehrkräften ist wichtiges Instrument

„Das Arbeitszeitkonto ist ein wichtiges Instrument zur Flexibilisierung der Arbeitszeit. Bei richtiger Ausgestaltung wirkt so etwas im Sinne aller Beteiligten“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), am 12. Dezember 2024 zur aktuellen Diskussion um die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zum Arbeitszeitkonto für Grundschullehrkräfte.

Der BBB begrüßt die gemeinsamen Anstrengungen des Kultusministeriums

und des zuständigen Hauptpersonalrats, um den Erhalt des Arbeitszeitkontos und die Bemühungen, seine Ausgestaltung nach den Vorgaben des Gerichts zu modifizieren.

„Die aktuelle Personalsituation zeigt uns ganz deutlich, dass wir Langzeitarbeitszeitkonten im öffentlichen Dienst brauchen“, betont der BBB-Chef. Momentan sucht der öffentliche Dienst dringend Personal beziehungsweise ein „Mehr“ an Arbeitskraft. Dabei wurde von Ministerpräsident Söder unter anderem die Idee ins Spiel gebracht, auf die Aufstockung von Teilzeitquoten hinzuwirken. „Aus Sicht des BBB muss hier Freiwilligkeit gewährleistet sein“, sagt Nachtigall. Es müssten seitens des Dienstherrn/Arbeitgebers entsprechende Anreize geschaffen werden.

Gleiches gelte für die anderen bereits im Gespräch stehenden Möglichkeiten, das Arbeitspotential zu erhöhen: die

frühzeitige Rückkehr aus der Elternzeit beziehungsweise das flexible Hinausschieben des Ruhestands-/Renteneintritts. „Solche und weitere Lösungen würden wir gerne in einem größeren Gesamtpaket diskutieren“, lässt Nachtigall wissen. Das habe er auch bereits gegenüber der Politik kommuniziert. Grundlegend bleibe bei allen Maßnahmen die Freiwilligkeit.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Nachwuchsproblematik, zusammen mit den anstehenden Herausforderungen, die sich einerseits durch wirtschaftliche Gegebenheiten sowie durch ein Vordringen von Digitalisierung und Entbürokratisierung ergeben, seien entsprechende Initiativen unerlässlich, um auch künftig einen leistungsstarken öffentlichen Dienst im Freistaat zu gewährleisten, so der Vorsitzende.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Hohe Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus

Zwar liegen nach der Festnahme eines 37 Jahre alten Irakers in Bayern keine konkreten Anschlagpläne vor, die abstrakte Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus ist aber bundesweit weiterhin sehr hoch, warnt die DPoIG.

Die bayerischen Behörden hätten schnell und entschlossen gehandelt. Jetzt komme es vor allem darauf an, dass Deutschland und Europa dauerhaft vor der Einreise solcher Terroristen geschützt werden. „Dazu zählen wirksame Kontrollen der europäischen Außengrenzen, aber auch die Stärkung der nationalen Sicherheitsbehörden“, sagt der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Es könne nicht sein, dass es immer wieder ausländische Geheimdienste sind, die Deutschland vor großem Schaden bewahren.

Die Bundesrepublik müsse endlich selbst in der Lage sein, terroristische Vorbereitungshandlungen rechtzeitig zu entdecken und einzugreifen. Wendt: „Wir benötigen dringend eine Verbesserung der technischen und personellen Bedingungen unserer Staatsschutzbehörden und Nachrichtendienste. Auch bedarf es einer Ausweitung ihrer gesetzlichen Befugnisse. Außerdem müssen die unsinnigen Beschränkungen beim Einsatz verdeckter Ermittler und sogenannter Vertrauenspersonen wieder vom Tisch. Die

nächste Bundesregierung hat gerade bei der Inneren Sicherheit und Terrorabwehr eine Menge Arbeit vor sich.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) **Krise bei DB Cargo: Abwicklung statt Sanierung?**

Die GDL übte scharfe Kritik am Umgang der Deutschen Bahn AG mit ihrer Güterverkehrssparte.

Am Beispiel der DB Cargo AG lasse sich in Echtzeit beobachten, wie ein Unternehmen ungebremst gegen die Wand gefahren wird. So verzeichnete die Güterverkehrssparte der Deutschen Bahn im ersten Halbjahr 2024 einen Verlust von 261 Millionen Euro, das sind 66 Millionen Euro mehr als in den ersten sechs Monaten 2023.

Bisher habe die Deutsche Bahn AG die selbstverschuldeten Verluste ihrer Güterverkehrstochter stets ausgeglichen. Auf diese Weise seien in den Jahren 2012 bis 2021 mindestens 1,9 Milliarden Euro an Ausgleichszahlungen von der Konzernmutter an die Konzerntochter DB Cargo geflossen. Doch damit sei nun offensichtlich Schluss: Die EU-Kommission hat entschieden, dass die Verluste von DB Cargo künftig nicht mehr vom Mutterkonzern ausgeglichen werden dürfen. Ab Januar 2025, so Brüssel, muss DB Cargo ohne Hilfen des Bundes und auch ohne den Umweg über der Finanzierungskreisläufe innerhalb der DB AG wirtschaftlich rentabel sein. Schafft es das Unternehmen, seinen selbst erstellten Sanierungsplan zu erfüllen und bis Ende 2026 nachzuweisen, „langfristig rentabel“ zu sein, stuft die Kommission die geleisteten Subventionen von 1,9 Milliarden Euro nachträglich als zulässige Umstrukturierungsbeihilfe ein.

DB Cargo hat also zunächst etwas Überlebenszeit bis Ende 2026 bekommen und soll nun einen Transformationsprozess hin zu einem wirtschaftlich tragfähigen Unternehmen nachweisen. Das von Brüssel akzeptierte Paket zur Transformation besteht aus verschiedenen Teilen. So treten ab dem 1. Januar 2025 umfassende organisatorische Änderungen in Kraft. DB Cargo wird in fünf kleinere Einheiten aufgeteilt. Diese Einheiten sollen wie mittelständische Unternehmen agieren und eigenverantwortlich im Wettbewerb bestehen.

Darüber hinaus hat Cargo-Vorständin Sigrid Nikutta einen weiteren massiven Stellenabbau angekündigt. War im letzten Jahr noch von 2.300 Mitarbeitern die Rede, sollen nun rund 5.000 Mitarbeiter das Unternehmen verlassen – mehr als doppelt so viel wie ursprünglich angekündigt. Aber auch das scheint laut GDL nur die halbe Wahrheit und mutmaßlich der Anfang einer völligen Zerschlagung der bundeseigenen DB Cargo zu sein, denn weitergehende Planungen sprechen von Verkaufsplänen. Das Tafelsilber werde verscherbelt – so würden beispielsweise Lokomotiven verkauft und sollen dann später, bei Bedarf, wieder angemietet werden.

„Der Vorgang illustriert auf geradezu exemplarische Weise das Versagen der Führungskräfte nicht nur bei DB Cargo, sondern im Gesamtkonzern“,

so der GDL Bundesvorsitzende Mario Reiß. „Es steht zu befürchten, dass die nun im Güterverkehr einsetzende Umstrukturierung und der massenhafte Stellenabbau nur Vorboten dessen sind, was bald auch die Mitarbeiter der anderen Konzerngesellschaften ereilen kann. Es braucht eine grundlegende Konzernumwandlung. Dieses Konstrukt einer Aktiengesellschaft führte über die letzten 20 Jahre in das heutige Desaster. Verantworten will diesen Aderlass aber weder der Eigentümer Bund noch der Vorstand, der sich selbst in diesen anspruchsvollen Zeiten noch üppige Boni genehmigt.“

Die GDL sieht daher die Gefahr, dass DB Cargo nicht saniert, sondern durch die Hintertür abgewickelt und so dem Zugriff der EU-Kommission entzogen werden soll. „Anders ist für uns die Vorgehensweise der Konzernleitung nicht zu erklären“, so Mario Reiß. „So werden etwa Lokomotivführer zum Jahreswechsel von der Arbeit freigestellt, obwohl an anderer Stelle bei DB Cargo und bei weiteren Unternehmen aufgrund von Personalmangel die Züge stehen bleiben müssen. Auch bei DB InfraGO gibt es freie Stellen, die aber lieber durch externe Bewerber gefüllt werden, als diese mit eisenbahnerfahrenen Bestandsarbeitnehmern zu besetzen. Die derzeit bekannten ersten Schritte des Managements sehen eher

nach Teilverkauf als nach einer nachhaltigen Sanierung aus. Am Ende könnte nur noch ein nicht betriebsfähiges Fragment oder bloß eine Logistikfirma mit Assetmanagement übrigbleiben. Auch dann müsste man die 1,9 Milliarden Euro nicht an die Europäische Union zurückzahlen.“

Die GDL will nicht hinnehmen, dass erneut das direkte Personal zum Bauernopfer einer desaströsen Unternehmenspolitik wird, verursacht von unfähigen, eisenbahnfernen Führungskräften. „Wir haben mit rund 60 Eisenbahnverkehrsunternehmen eine gute Tarif- und Sozialpartnerschaft“, so Reiß. „Diese Unternehmen haben hervorragende Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Eisenbahner mit der GDL vereinbart. Sie suchen dringend Mitarbeiter, bieten oftmals wohnortnahe Arbeitsplätze und versuchen nicht, ihre Arbeitnehmer mittels Tarifeinheitsgesetz umzuerziehen.“ Und weiter: „Niemand muss bei diesem miesen Spiel der Arbeitgeber auf der Strecke bleiben. Daher raten wir den betroffenen Eisenbahnern bei DB Cargo, ihre weiteren Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und ihre berufliche Zukunft neu zu überdenken. In den Betrieben können sich die Kollegen an die GDL-Betriebsräte wenden.“

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Liebel zum Auftaktgespräch bei Bundesfinanzminister Kukies

Der BDZ Bundesvorsitzende und Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Bundesministerium der Finanzen (HPR), Thomas Liebel, hat am 21. November 2024 den neuen Bundesminister der Finanzen Jörg Kukies in Berlin getroffen.

Die Themenschwerpunkte des Auftaktgesprächs waren unter anderem die weitere Umsetzung der von seinem

Amtsvorgänger Christian Lindner bekanntgegebenen Organisationsreform „Strategie Zoll 2030“ sowie die gegenwärtigen Herausforderungen bei der

Zollabfertigung des massiv gestiegenen Paketaufkommens durch den weltweiten E-Commerce.

Liebel stellte in diesem Zusammenhang klar, dass sich ein schlagkräftiger Zoll nicht allein durch die fortdauernde Anpassung oder den Neuzuschnitt von Verwaltungsstrukturen generieren lässt. Vielmehr bedürfe es eines Abbaus des Investitionsstaus beim Zoll und damit zusätzlicher Haushaltsmittel für den Ausbau von Digitalisierung, die Erneuerung von Einsatztechnik, die Modernisierung von technischen Anlagen und Detektionsgeräten sowie die Förderung der Erfahrungswerte und des Know-how der Zöllnerinnen und Zöllnern. Kukies ging hierbei unter anderem auf die Auswirkungen einer möglichen, vorläufigen Haushaltsführung ein, sofern der Deutsche Bundestag keinen Haushalt für das Jahr 2025 verabschiedet.

Die neue Leitung des Bundesfinanzministeriums hält zudem an der weiteren Umsetzung der Zoll-Strategie 2030

fest. Das BMF erwartet demnach in den nächsten Tagen den Projektauftrag zur Zoll-Strategie 2030, welcher durch die Generalzolldirektion erstellt wird. Das ambitionierte Projekt soll bereits bis zum 31. Dezember 2025 abgeschlossen sein und seine Wirkung bis zum Ende des Jahrzehnts entfalten. Minister Kukies betonte gegenüber Liebel, dass die Zoll-Strategie 2030 auch von den Mitgliedern im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags begrüßt wurde. Ein weiterer Schwerpunkt war die Priorisierung von Gesetzesvorhaben, welche die unterschiedlichen Organisationseinheiten der Bundesfinanzverwaltung sowie den Zoll betreffen – etwa der Entwurf eines Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetzes oder ein Entwurf zur Modernisierung und Digitalisierung des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes. Das BMF werde Gesetzesvorhaben weiter im parlamentarischen Raum einbringen, deren Mehrheitsfähigkeit bleibe jedoch aufgrund der geplatzten Ampel-Koalition abzuwarten.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Digitalpakt: DPhV trotz positiver Signale vorsichtig

Die Meldungen zur Eckpunkte-Einigung beim Digitalpakt nimmt der DPhV zwar grundsätzlich erfreut, aber auch mit Zurückhaltung zur Kenntnis.

Die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagt am 9. Dezember 2024: „Dass eine Fortsetzung des Digitalpakts schnellstens kommen muss, ist unbestritten. Doch diese Erkenntnis hat bisher leider zu keinem unterschriftsreifen Ergebnis geführt. Die Erfahrungen der vergangenen Monate, ja Jahre, haben gezeigt, dass guter Wille allein noch keinen Abschluss bedeutet. Auch wenn sich die politische Konstellation geändert hat, scheinen einige

Fragen bisher nicht final geklärt. Kurz: Wir glauben erst an eine erfolgreiche Fortsetzung, wenn die Tinte unter der Vereinbarung trocken ist.“

Lin-Klitzing weiter: „Die Inhalte, über die verhandelt wird, sind relevant, nicht die Verhandlung an sich. Voraussetzungen für eine kluge, dauerhafte und professionelle digitale Unterstützung der Schulen sind die Finanzierung der professionellen IT-Administration der

Schulen, der sog. ‚digitale Hausmeister‘, kluge Leasing-Konzepte für digitale Endgeräte, sowie die gemeinsame Umsetzung eines hoheitlich betriebenen, datenschutzkonformen, für pädagogische Zwecke trainierten und damit didaktisch besonders zielführenden Large Language Modells für den schulischen Bildungsbereich – auf Bundesebene oder auf Länderebenen.“

Der Digitalpakt 2.0 hängt nicht nur davon ab, dass diese Woche alle 16 Bun-

desländer der Vereinbarung zustimmen. Er muss dann auch von einer neu gewählten Bundesregierung akzeptiert werden. Der DPhV zeigte sich froh, dass die reflexhafte Forderung des Bundes nach verpflichtender Lehrkräftefortbildung heraus ist und fordert gleichzeitig die Länder auf, kontinuierlich ausreichende Mittel für die berufsbegleitende Lehrkräftebildung in ihren Haushalten auszuweisen und mit dem Bund weiter an einem umfassenden und nicht einseitigen Konzept zu arbeiten.

Deutschen Gerichtsvollzieher Bund (DGVB) **Boek: Politik verhindert moderne, schnelle Justiz**

Der Erlass von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen muss endlich vom Amtsgericht auf den Gerichtsvollzieher am Wohnort des Schuldners übertragen werden, fordert der DGVB. Das entlaste die Justiz und sichert die Unternehmen ab.

„Die Übertragung zeitnah umzusetzen, wird die Wirtschaft nachhaltig stärken“, betonte Matthias Boek, Bundesvorsitzender des Deutschen Gerichtsvollzieher Bund (DGVB) am 11. Dezember 2024 in Berlin. „Die Effizienzgewinne für die Wirtschaft liegen dabei auf der Hand: Das Verfahren würde gestrafft und beschleunigt. Die Unternehmen würden gestärkt, dies sichert am Ende auch Arbeitsplätze. Denn Zeit ist Geld. Und die Justiz würde durch diese Reform personelle Ressourcen freisetzen, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.“ Jeder, der in der Politik die Übertragung der Forderungspfändung verzögert oder verhindert, schwäche das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, kritisierte Boek. „Die Wirtschaftswende kann nur gelingen, wenn die Politik an dieser Stelle den Lippenbekenntnissen endlich Taten zur Beschleunigung der Zwangsvollstreckungsverfahren folgen lässt. Gute Wirtschaftspolitik könnte so einfach

sein, doch Politik verhindert moderne, schnelle Justiz!“

Um Forderungen aus Arbeitslohn oder Bankguthaben zu sichern und anschließend an den Gläubiger zurückzuführen, bedürfe es eines gerichtlichen Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses. Boek: „Aber: Dieser muss bisher vom Gläubiger selbst beim zuständigen Amtsgericht in einem separaten Verfahren beantragt und seine anschließende Zustellung wieder an die Gerichtsvollzieher vermittelt werden.“ In personell unterbesetzten Amtsgerichten dauerte es oftmals mehrere Wochen und Monate, bis dieses Verfahren erledigt werden kann. „Es vergeht wertvolle Zeit, in der das Konto leergeräumt oder der Arbeitslohn von anderen gepfändet werden kann.“

Die Lösung sieht der DGVB darin, den Erlass von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen personell vom

Rechtspfleger beim Amtsgericht auf den Gerichtsvollzieher am Wohnort des Schuldners zu übertragen. Die Gläubiger und Schuldner haben durch diese Modernisierung des Rechts nur noch einen zentralen, persönlichen Ansprechpartner vor Ort. Der Gerichtsvollzieher ermittelt das Vermögen des Schuldners und kann tagesaktuell den Pfändungsbeschluss erlassen und selbst, im besten Fall auch am selben Tag elektronisch, zustellen. „Das ist

Vollstreckung aus einer Hand, schnell und zuverlässig“, hob Boek hervor. „So gelangen Gelder zügig zurück in den Wirtschaftskreislauf. Dies ist insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen wichtig, verfügen diese doch oft nur über eine dünne Eigenkapitaldecke.“ Der DGVB regt eine solche Lösung seit Jahren an, doch insbesondere die Länder blockieren diese Reform.

Namen und Nachrichten

„Wir freuen uns, dass wir bei den diesjährigen Wahlen zum Hauptpersonalrat unseren Sitz bei den Tarifbeschäftigten halten und einen Beamtensitz hinzugewinnen konnten. Wir werden somit unsere Expertise gestärkt in den HPR einbringen. Ich bedanke mich herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die auf unseren Listen kandidiert und auch bei denen, die uns tatkräftig im Wahlkampf unterstützt haben“, so Frank Becker, Landeschef des **dbb berlin**, nachdem der Wahlvorstand für die HPR-Wahlen am 9. Dezember 2024 das Ergebnis bekannt gegeben hatte. Der dbb berlin ist somit wie folgt im Hauptpersonalrat vertreten. Gruppe der Beamtinnen und Beamte: Frank Becker, Rolf Herrmann, Frank Teichert, Heike Breuning. Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Synnöve Nüchter.

„Erfreut sind wir auch darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen der Fachgewerkschaften im Gesamtpersonalrat der Finanzämter und beim Gesamtpersonalrat Justiz wieder die Mehrheiten erreichen konnten“, so Becker.

Die Anliegen des öffentlichen Dienstes müssen Eingang in die Wahlprogramme finden und – wichtiger noch – ins Koalitionspapier der künftigen Regierungskoalition., fordert der **dbb bremen**. Jetzt müsse für alle das Land an erster Stelle stehen, nicht persönliche oder parteipolitische Befindlichkeiten. Olaf Wietschorke teilte auch MdB Jacob Blankenburg (SPD) am 13. Dezember 2024 mit, das der dbb von der nächsten Bundesregierung volle Konzentration auf das Wesentliche erwarte: Dazu gehören ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Dienst und Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge.

Die Preisträger des Deutschen Kita-Preises 2024 – dieses Jahr aus Sachsen und NRW – machen die große Qualität und Vielfalt der Arbeit in diesem Bereich sichtbar. Den Hauptpreis in der Kategorie „Kita des Jahres“ gewann die Kita Regenbogenland aus Rötha in Sachsen. In der zweiten Kategorie, dem besten „Bündnis für frühkindliche Bildung“, ging die Auszeichnung an das Bündnis Dortmunder Nordstadt. „Die Verleihung des Deutschen Kita-Preises zeigt einmal mehr,

dass Investitionen in frühkindliche Bildung Investitionen in die Zukunft sind“, erklärte Tanja Küsgens, Beisitzerin der **dbb frauen** Geschäftsführung und Teil der Jury. Einrichtungen wie die Kita Regenbogenland und Netzwerke wie das Bündnis Dortmunder Nordstadt seien Vorbilder für ganz Deutschland. „Ihr Engagement verdient höchsten

Respekt und ist ein wertvoller Beitrag für die Weiterentwicklung frühkindlicher Bildungsarbeit“, lobte Küsgens. „Wir gratulieren den Preisträgern herzlich zu ihrem Erfolg und bedanken uns bei allen, die durch ihre Arbeit den Weg für eine starke, kindgerechte und zukunftsorientierte Bildungslandschaft bereiten.“

Termine:

5. - 7. Januar 2025

dbb Jahrestagung

Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen

Weitere Informationen unter www.dbb.de

24. Januar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 1. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

17. - 18. Februar 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 2. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de

14. - 16. März 2025

Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde

Weitere Informationen unter www.dbb.de